

KOMMENTAR

Mut zu mehr Grün

Gemeinden und Bauherren müssen umdenken



Von Dominic Körner

Die Begrünung von Gebäuden ist in vielerlei Hinsicht sinnvoll. Sie bietet einen ökologischen Mehrwert, speichert Wasser und sorgt für ein kühleres Klima. Es ist daher grundsätzlich richtig, dass Bauherren zu mehr Grün in Neubaugebieten verpflichtet werden.

Zu lange haben Städte und Gemeinden zugeschaut, wie in ihrem Herzen Betonwüsten entstanden sind, die im Sommer Hitze abstrahlen und von keiner Biene angefliegen werden – ganz zu schweigen von der trostlos-grauen Optik.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Durch die Begrünung erhöhen sich die ohnehin horrenden Baukosten und damit letztlich auch die Immobilienpreise weiter. In Zeiten von Wohnungsknappheit ist diese Entwicklung besorgniserregend.

Dennoch dürfen Bauprojekte nicht länger auf dem Rücken von Natur- und Klimaschutz realisiert werden. Und ganz ehrlich: Wer 700.000 Euro oder mehr für eine Immobilie locker macht, dem ist auch der Aufpreis für das Grün am Haus zumutbar. Die Zeit ist reif für Veränderung.

Ermittlungen nach Missbrauchsvorwurf

Walzbachtal (dok). Nach den Missbrauchsvorwürfen gegen eine Fachkraft in einer Walzbachtaler Kita laufen die Ermittlungen weiter. Nähere Angaben macht das Polizeipräsidium Karlsruhe auf Anfrage nicht. Die Fachkraft im Jöhlinger Kinderhaus „Arche“ steht im Verdacht, mehrere Kinder sexuell missbraucht zu haben. Die mutmaßlich Betroffenen haben bereits ausgesagt.

Nach Bekanntwerden der schwerwiegenden Vorwürfe im März war die verdächtige Person vom Dienst freigestellt worden. Unklar war zunächst, ob auch eine weitere Fachkraft an den mutmaßlichen Übergriffen in der Kita beteiligt war. Nach Polizeiangaben konzentrierten sich die Ermittlungen allerdings auf eine Person. Ein Ergebnis liegt derzeit noch nicht vor.

Der Fall hatte im Ort große Aufregung ausgelöst. Auf sexuellem Missbrauch von Kindern steht laut Strafrechtsgesetz eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr. Bis zu einer Verurteilung gilt indes die Unschuldsumsetzung. So wurde ein Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs gegen einen Erzieher in Rastatt vor zwei Jahren mangels hinreichendem Tatverdacht eingestellt.

„Niemand kann sagen, er wusste von nichts“

IG Dettenheim kämpft trotz Ablehnung des Bürgerbegehrens weiter gegen Geothermie

Einen Bürgerentscheid zur Überlassung eines Grundstücks an die Deutsche Erdwärme wird es in Dettenheim nicht geben. Dagegen sprach sich der Gemeinderat jüngst aus. Doch was bedeutet das für die Interessengemeinschaft gegen Geothermie? Darüber sprachen die BNN mit IG-Initiator Bernd Oberacker.

Mit ihrem Bürgerbegehren gegen die Tiefengeothermie hatte die IG vor dem Dettenheimer Gemeinderat keinen Erfolg. Wie geht es jetzt für Sie weiter?

Oberacker: Allzu viel gibt es für uns aktuell nicht zu tun. Wenn wir einen Geldgeber hätten, würden wir versuchen, juristisch dagegen vorzugehen. Die Verordnung, auf die sich die Gemeinde beruft, ist eine „sollte“-Vorschrift und eigentlich nur für Notfälle gedacht. Wenn zum Beispiel marode Bäume drohen umzufallen, könnte die Gemeinde eine Bürgerinitiative gegen deren Fällung übergehen. In unserem Fall aber war das nicht der Fall, die Unterschrift unter den Vertrag mit der Deutschen Erdwärme war kein Notfall.

BNN-Interview

Die Gemeinde hat aber doch damit argumentiert, dass man sich gewisse Mitspracherechte erhalten will. Die Deutsche Erdwärme hätte das Reservoir ja auch über Huttenheimer Gemarkung aus anzapfen können.

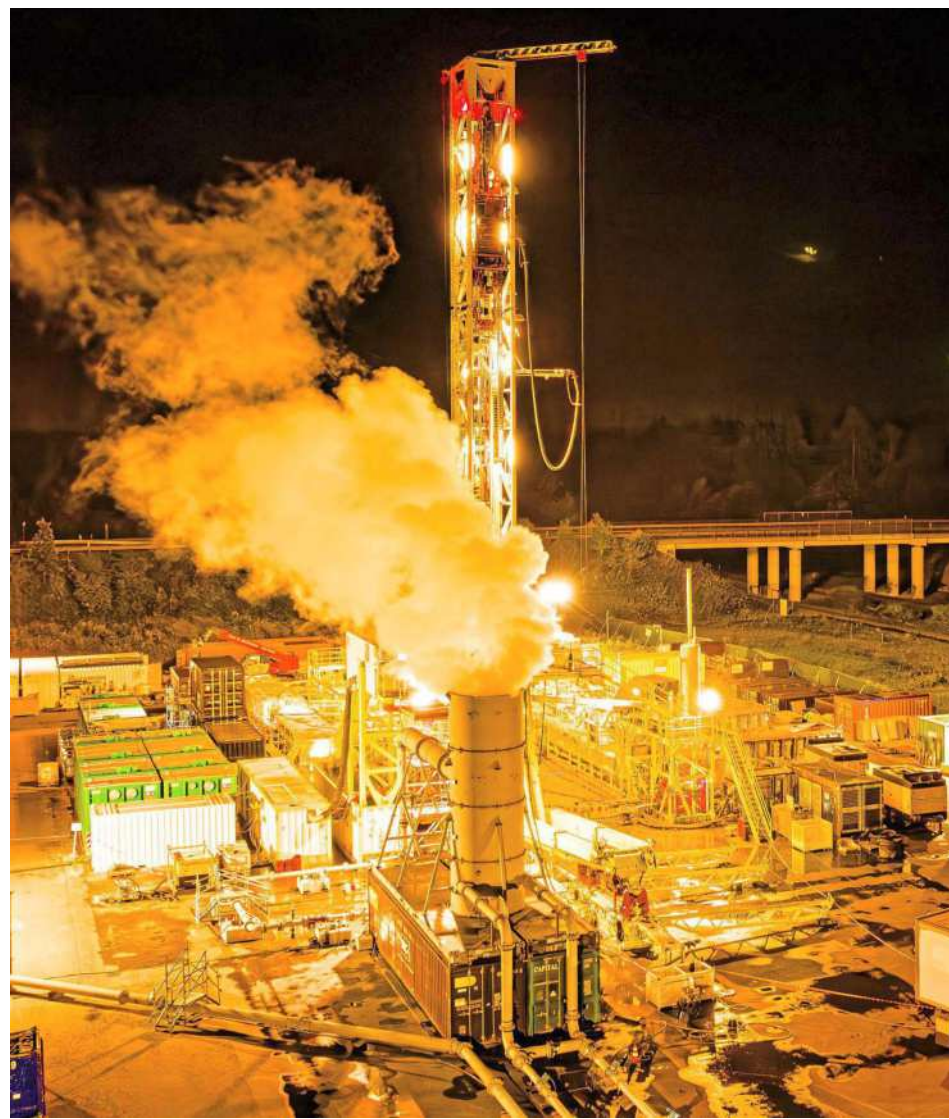
Oberacker: Genau das werfen wir der Gemeinde vor. Diese Aussage käme einer sanften Drohung gegenüber der Gemeinde gleich. Unserer Meinung nach ist das nicht so einfach, sonst hätte die Deutsche Erdwärme ja gleich nach Huttenheim gehen können. Ein Geothermie-Werk ist ja keine Bonbonfabrik, die man ohne Weiteres einfach versetzen kann. Außerdem: Ein Vertrag ohne Rücktrittsklausel suggeriert nicht viel Mitspracherecht.

Die Kritik der IG richtet sich vor allem gegen die Deutsche Erdwärme. Die EnBW arbeitet ja auch an Geothermie, steht aber bei Weitem nicht so im Fokus. Woher kommt das „Feindbild“ Deutsche Erdwärme?

Oberacker: Es ist kein Feindbild und ich begrüße auch bei jeder Begegnung die Leute von der Erdwärme mit Handschlag. Wir kritisieren aber zum Beispiel, dass die Deutsche Erdwärme ihren Sitz in München-Grünwald, einem deutschen Steuerparadies, hat. Dort saß auch Andrea Tandler, die jetzt wegen fragwürdiger Maskendeals verurteilt wurde. Und dort gibt es viele Briefkastenfirmen.

Aber kann man eine Firma verurteilen, nur weil sie ihren Sitz an einem bestimmten Ort hat?

Oberacker: Es hat auf jeden Fall ein „Gschmäckle“. Sie stellen sich auf ihrer Homepage als Deutschlands größter Betreiber von Geothermie-Anlagen dar, dabei haben sie noch gar kein Werk am Laufen. In Graben-Neudorf sind sie jetzt erst einmal gescheitert, da ist ein halbes Jahr oder Dreivierteljahr – vielleicht sogar aufgrund der „elektronikfeindlichen“ 200 Grad heißen Thermalbrühe dauerhaft – Ruhe. Und nun ziehen sie einfach weiter nach Dettenheim – frei



Die Deutsche Erdwärme bohrt bereits in Graben-Neudorf nach Erdwärme (hier ein Archivbild). Die Temperaturen dort liegen über den Erwartungen. Foto: Wolfgang Schuster



Bernd Oberacker
IG Dettenheim

nach dem Motto „Prinzip Hoffnung“? Diese Intransparenz werfen wir der Deutschen Erdwärme vor.

In der jüngsten Gemeinderatssitzung kam die Kritik auf, die IG sei bislang nicht präsent gewesen, vor allem in den Sitzungen.

Oberacker: Das stimmt so nicht. Wir waren unter anderem bei zwei Sitzungen und auf den beiden Bürgerinformationsveranstaltungen – im Gegensatz zu Bürgermeister Frank Bolz und einigen Gemeinderäten. Wir haben als IG sehr früh auf uns aufmerksam gemacht. Briefe an die Bevölkerung und an Ministerpräsident Winfried Kretschmann, eine Traktorfahrt durch Dettenheim, wöchentliche Veröffentlichungen im Gemeindeblatt – niemand kann sagen, er wusste von nichts. Diese Ignoranz ärgert mich einfach unheimlich, gerade weil wir sehr frühzeitig auf das geplante Bürgerbegehren hingewiesen haben.

Das Wissen um das geplante Bürgerbegehren ist eine Sache, die Teilnahme an Sitzungen eine andere. Muss sich die IG nicht fragen lassen, warum sie nicht jede Sitzung des Gemeinderats genutzt hat, um sich zu positionieren?

Oberacker: Die Ignoranz hat uns das Gegenteil bewiesen. Anfangs gab es Abstimmungen mit einzelnen Gegenstimmen. Glauben Sie wirklich, dass wir da was hätten bewegen können? Die Entscheidung war für die Gemeinderäte doch schon gefallen. Wir waren ihnen von Anfang an ein Dorn im Auge, weil wir den Finger in die Wunde gelegt haben. Grund für unser Tun ist nach wie vor das Beben mit Stärke 3,0 im Jahr 1989 in unmittelbarer Nähe des geplanten Geothermie-Standortes. Wir halten es für unverantwortlich über dieser tektonischen Störzone ein Tiefengeothermiewerk errichten zu wollen, welches Druck auf den Untergrund ausübt. Sinngemäß: „In der Nähe eines trockenen Holzstapels sollte man nicht mit Feuer zündeln!“ Wir – und viele Dettenheimer Bürger auch – haben schlicht und einfach Angst vor Erdbeben, deren zerstörerischer Gewalt der Mensch nichts entgegenzusetzen hat. Was, wenn die Erde mal wirklich mit Stärke 6,9 bebt und Menschen vielleicht zu Tode kommen, was bei vielen stärkeren Beben üblich ist? Diesen Schaden kann kein Versicherungsschutz wiedergutmachen.

Was kritisieren Sie konkret?

Oberacker: Der Versicherungsschutz im Sachschadenfall ist schon katastrophal.

Der Gemeinderat nimmt es billigend in Kauf, dass Bürger im Schadenfall – unverschuldeterweise – mitunter auf vielen Tausend Euro Eigenbeteiligung sitzen bleiben. Im Januar noch machte man bei Ministerpräsident Kretschmann eine Landesbürgerschaft für Schäden zwingend erforderlich für eine Zustimmung. Doch trotz einer abschlägigen Antwort hat man wenige Wochen darauf dann der Tiefengeothermie grünes Licht gegeben. Ein Skandal! Aber auch der Umstand, dass keine unabhängigen Geologen und Erdbebenforscher im Gemeinderat vor der Abstimmung gehört wurden, ist unverantwortlich. Fazit: Wir werfen dem Gemeinderat vor, bei diesem gefährlichen Risiko – insbesondere, weil wir in unserer Region Versuchskaninchen sind – die für die Prüfung erforderliche besondere Sorgfalt außer Acht gelassen zu haben! „Am Anfang war das vorsätzliche, schwere Foulspiel.“ Der Bürgermeister hat gemeinsam mit dem Gemeinderat Fakten geschaffen, die uns alle Handlungsmöglichkeiten genommen haben. Im Fußball hätte das einen Platzverweis nach sich gezogen. In der Politik bleibt das jedoch unbestraft und wurde auch vom Landratsamt toleriert.

Geht es um lautstarke Bürgerforderungen, wird mitunter auch mal der Begriff des „Wutbürgers“ bemüht. Empfinden Sie sich als solcher?

Oberacker: Absolut nicht. Von Wutbürgern, die unqualifiziert herumbrüllen und wahllos gegen alles schießen, distanzieren wir uns ausdrücklich. Wir haben inzwischen dagegen ein in mehreren hundert Stunden erworbenes Grundwissen. Unsere Argumente sind fundiert. In den Diskussionen mit CDU und Freien Wählern und einem späteren Termin mit den Fraktionsspitzen aller Parteien und Bürgermeister Bolz haben wir gemerkt, dass man uns nichts entgegenzusetzen hat. SPD und Grüne haben uns übrigens verschmäht. Fakt ist: Wenn man nicht laut ist, wird man nicht gehört. Man muss schon plakativ vorgehen, damit die Bevölkerung eine Bewegung wie die IG auch wahrnimmt. Kritische Stimmen scheinen oft nicht gewünscht, auch auf den Bürgerveranstaltungen. Wir stehen auch mit anderen Bürgerinitiativen im Austausch, zum Beispiel in Waghäusel.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den anderen Initiativen?

Oberacker: Das Schöne ist, dass es bei den verschiedenen IG und BI keine Egos gibt, die sich in den Vordergrund drängen. Nicht jeder will in einer Versammlung sprechen, manche sammeln lieber Unterschriften oder verteilen Flyer. Wir arbeiten alle zusammen und tauschen unsere Erfahrungen untereinander aus. So wissen wir zum Beispiel aus Waghäusel, welche Bedeutung der genaue Wortlaut für ein Bürgerbegehren hat. Aus diesem Grund haben wir das Protokoll der Gemeinderatssitzung angefordert, bei der der Entschluss für die Vertragsunterschrift fiel. Wir wussten, wir haben nur einen Versuch. Mit dem allein stehenden Beschlusszitat, den uns die Gemeinde zunächst geschickt hat, konnten wir ohne die ergänzenden Informationen nichts anfangen.

Das Gespräch führte
Christel Manzey

Gemeinden machen Gebäudebegrünung zur Pflicht

Für Neubaugebiete in der Region gelten strenge Auflagen / Bepflanzung soll Klima in den Orten verbessern

Von Dominic Körner

Stutensee. Der Trend zur Gebäudebegrünung ist in vielen Großstädten längst sichtbar. Auf dem Land haben grüne Dächer und Fassaden noch immer Seltenheitswert.

Ein Landschaftsgärtner aus Eggenstein-Leopoldshafen fordert deshalb ein Umdenken bei Kommunen und Bauherren. In einigen Gemeinden ist die Dachbegrünung mittlerweile in Bebauungsplänen vorgeschrieben.

„Wir hinken der Entwicklung hinterher“, kritisiert Matthias Bandura, Geschäftsführer von Westenfelder Garten- und Landschaftsbau in Eggenstein-Leopoldshafen.

Vorreiter bei der Gebäudebegrünung sind Länder in Südostasien. Die Vorteile sogenannter „Schwammstädte“ liegen auf der Hand: Begrünte Gebäude sind im Sommer kühler und bleiben im Winter wärmer. Durch Verdunstung wird das Stadtklima positiv beeinflusst.

Sein Unternehmen, räumt Bandura ein, würde von einem Trend zur Begrünung profitieren. Aber es geht ihm auch um große Ganze. „Wir müssen Flächen schaffen, wo das Wasser verdunstet

kann“, sagt der Gartenexperte. In der Gemeinde von morgen, so seine Vision, würden alle horizontalen Flächen begrünt. Es sei „wichtig, das Regenwasser natürlich und ohne Verluste durch Verdunstung wieder zurück ins System zu geben“, sagt Bandura.

Auch Fassaden könnten an Stahlträgern begrünt, die Pflanzen über ein Leitungssystem bewässert werden. Bandura

”

Forderungen nach Fassadenbegrünungen erfahren wenig Akzeptanz.

Ayşe Gün
Sprecherin der Stadt Stutensee

nimmt vor allem die Städte und Gemeinden in die Pflicht. Seine Forderung: eine verpflichtende Dachbegrünung in Neubaugebieten.

Und tatsächlich tut sich etwas in den Kommunen. „Das geplante Neubaugebiet N5 wird ausschließlich mit begrüntem Dächern gebaut werden können“, teilt Kerstin Fautz vom Bau- und Liegen-

schaftsamt in Eggenstein-Leopoldshafen mit.

Zudem gebe es in der Gemeinde bereits begrünte Dächer, etwa auf dem Eggensteiner Rathaus und auf dem Kindergarten „Schatzkiste“.

Auch die Stadt Stutensee und die Gemeinde Pfintzal schreiben das Grün auf dem Dach in neueren Bebauungsplänen vor. Bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen, wenn ein präzise umrissenes Projekt umgesetzt werden soll, gilt in Stu-

tensee sogar eine Pflicht zur Kombination mit Photovoltaik-Modulen.

Eine Regelung ganz nach dem Geschmack von Bandura. „Leider werden die Dachbegrünung und Photovoltaik-Anlagen oft gegeneinander ausgespielt“, sagt er. Dabei sei beides möglich – aufgeständerte PV-Module und Grün darunter.

Die Gemeinde Graben-Neudorf unterstützt die Dach- und Fassadenbegrünung bis zu seiner Fördersumme von 1.100 Euro mit einem Zuschuss von 30 Prozent. „Bei in Planung befindlichen Neubauten wird eine Dachbegrünung angestrebt“, sagt Stefan Stängle, Sachgebietsleiter Klimaschutz und Umwelt. Aktuell prüfe die Verwaltung zudem, wo eine Fassadenbegrünung nachträglich umsetzbar sei. Ein Problem: Die Begrünung an der Fassade geht ins Geld. Allein für die Installation auf einer Fläche von 50 Quadratmetern rechnet Bandura mit 25.000 bis 40.000 Euro.

„Forderungen nach Fassadenbegrünungen erfahren derzeit wenig Akzeptanz“, informiert Ayşe Gün, Sprecherin der Stadt Stutensee. Ursachen seien die teils hohen Folgekosten und die technischen Anforderungen. ■ Kommentar



Begrünte Gebäude sollen dazu beitragen, dass Städte im Sommer nicht überhitzen. Die Fassadenbegrünung ist mit hohen Kosten verbunden. Foto: Jose Carlos Ichiro/Imago